



Inhalt

Einkommensrunde 2021

[Landesdienst: „Prozentläufe“ und Aktionstage](#)

Projekt von Bundesinnenministerium und Gewerkschaften

[Studie zu Gewalterfahrungen im öffentlichen Dienst](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

[Besoldungsgesetz verabschiedet – tbb kündigt Klagen an](#)

Schleswig-Holstein

[Personalratsarbeit soll auch digital möglich sein](#)

dbb Bildungsgewerkschaften

[Schulbarometer: 95 Prozent der Lehrkräfte geimpft](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde 2021

Landesdienst: „Prozentläufe“ und Aktionstage

Vor der zweiten Verhandlungsrunde mit den Arbeitgebern haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder die Frequenz der Proteste nochmal deutlich erhöht und mit „Prozentläufen“ ein bundesweites Zeichen gesetzt.

Über tausend Beschäftigte des öffentlichen Dienstes der Länder haben bei den „Prozentläufen“ die Tariftgemeinschaft deutscher Länder (TdL) davor gewarnt, die laufende Einkommensrunde zu einer Negativrunde zu machen. In den Landeshauptstädten zwischen Kiel und München ging es deshalb am 28. Oktober 2021 insbesondere gegen die Pläne der Arbeitgeber, mit Veränderungen von Parametern beim so genannten Arbeitsvorgang eine deutliche Verschlechterung geltender Eingruppierungsregelungen durchzusetzen.

„Die TdL hat zwar immer noch kein Angebot vorgelegt, fordert aber von den Gewerkschaften, ihre Zustimmung zu massiven Verschlechterungen bei der Eingruppierung zu geben. Im Angesicht von sich immer deutlicher abzeichnenden Problemen, Fachkräfte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, ist das ein völlig irrsinniger Plan“, kritisierte dbb Chef Ulrich Silberbach in Berlin vor der Bundesgeschäftsstelle der TdL. „Das zeigt, dass die Arbeitgeber die Einkommensrunde nicht zur Verbesserung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes nutzen wollen. Wer nur Drohungen statt Angebote präsentiert, dem geht es nicht um Wertschätzung und die Anerkennung von Leistung, sondern einzig darum, beim Personal zu sparen“, sagte Silberbach, der die Verhandlungen für den dbb führt. Synnöve Nüchter, stellvertretende Vorsitzende des dbb Berlin, erinnerte: „Nach zwei Jahren Krisenbewältigung mit unvorhersehbarem Ausgang erwarten wir echte Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten im Landesdienst. Jetzt ist es an den Arbeitgebenden, Wertschätzung spürbar umzusetzen, indem sie die Einkommen aufstocken – und zwar deutlich.“

Vor dem Landesfinanzministerium in Hannover schilderte dbb Tarifchef Volker Geyer, wie die TdL in den letzten Jahren versuchte, die Gewerkschaften unter Druck zu setzen: „Die TdL hat einfach das Verhandeln eingestellt. Wir haben keine dringend notwendige Tarifpflege betrieben, die Entgeltordnung für Lehrkräfte wurde nicht weiterentwickelt und jeder Versuch von Gewerkschaftsseite, mit Hilfe der Tarifpolitik die Personalprobleme des öffentlichen Dienstes zu mildern, wurde abgelehnt.“ In Niedersachsen ist Reinhold Hilbers Finanzminister.

Als TdL-Chef verantwortete er die Blockadehaltung der Arbeitgeberseite maßgeblich, so Geyer. Alexander Zimbehl, Vorsitzender des Niedersächsischen Beamtenbundes, warnte: „Wir erfahren in der täglichen Arbeit in allen Bereichen ein deutliches Plus an Aufgaben. Zudem soll in den nächsten Jahren ein erheblich erweiterter Online-Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen angeboten werden. Diesem ohne zusätzliche Personalausgaben zu begegnen, wird schlicht nicht möglich sein. Die Bürgerinnen und Bürger des Landes haben das Recht auf verlässliche und hochwertige öffentliche Dienstleistungen. Dieser Standard ist jedoch schon heute vielfach nicht mehr zu halten. Die Menschen spüren zunehmend, unter welchen Belastungen die Kolleginnen und Kollegen arbeiten müssen, die Bearbeitung beispielsweise von Einkommensteuererklärungen oder Bauanträgen verzögert sich immer weiter. Das kann eine Gesellschaft so nicht hinnehmen.“

Die Veranstaltung mit den meisten Teilnehmenden fand in Hamburg vor der Tür von TdL-Vize Andreas Dressel, Finanzsenator der Hansestadt, statt. Vor etwa 1.000 Demonstrierenden warf dbb Vize Friedhelm Schäfer der TdL vor, „gerne Nebelkerzen zu werfen, um von den eigentlichen Aufgaben abzulenken. Denn natürlich kostet eine anständige Einkommens-erhöhung auch anständig Geld. Und natürlich wird es noch mehr, wenn die Länder die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich umsetzen. Aber oft genug tun sie das nicht, sondern sind sich nicht zu schade, bei den Beamtinnen und Beamten ihre Kassen wieder aufzufüllen. Allen muss klar sein, dass hochwertige Dienstleistungen, die Lehrkräfte, die Polizei, die Verwaltung, die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern, die Beschäftigten in den Unikliniken und alle anderen Beschäftigten im Landesdienst erbringen, auch Geld kosten.“ Hamburgs dbb Vorsitzender Rudolf Klüver kritisierte die Ignoranz der Arbeitgeberseite: „Dass die Inflationsrate derzeit bei über vier Prozent liegt, ist für die TdL überhaupt kein Thema – ebenso wie die Tatsache, dass der öffentliche Dienst auf Grund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren dringend neue

Fachkräfte braucht und die ewige Verweigerungshaltung von vorgestern ist“, ärgerte sich Klüver. Liv Grolik, stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend, griff das auf und betonte: „Die Retro-Haltung der Arbeitgeberseite bringt uns keinen Schritt weiter. Diese Einstellung kommt bei jungen Menschen überhaupt nicht gut an – die gehen dann ganz einfach woanders arbeiten, wo man ihnen bessere Konditionen anbietet und Wertschätzung lebt.“

„Den öffentlichen Dienst gibt es nicht zum Nulltarif“, bekräftigte Schleswig-Holsteins dbb Chef Kai Tellkamp beim Prozentlauf in der Kieler Beamtenlaufbahn. „Die Kolleginnen und Kollegen sind es leid, über Jahre und Jahrzehnte immer wieder als Manövriermasse zur Haushaltssanierung herangezogen zu werden. Ideale Anerkennung und Applaus vom Balkon sind schön und gut, aber damit kann man weder im Supermarkt noch an der Tankstelle die Rechnung bezahlen.“

Im benachbarten Mecklenburg-Vorpommern unterstützten dbb Landeschef Dietmar Knecht und Karoline Herrmann, Vorsitzende der dbb jugend und Mitglied der dbb Bundesleitung, die Proteste in Schwerin. „Die neue Landesregierung steht nach dem Willen der Koalitionäre für eine starke und zukunftsfeste Verwaltung, das kann sie mit einem deutlichen Signal der Wertschätzung jetzt in dieser Einkommensrunde beweisen. Alles andere wäre ein Armutszeugnis gleich zu Beginn einer neuen Legislaturperiode“, sagte Knecht. Herrmann ergänzte: „Der öffentliche Dienst muss massiv Nachwuchs für den Staatsdienst gewinnen. Das funktioniert nur mit attraktiven Konditionen und einer Kultur der Fairness und Anerkennung.“

In Potsdam feuerte dbb Landesvorsitzender Ralf Roggenbuck die Prozentläufer an und warnte vor den Folgen des zunehmenden Personalmangels im öffentlichen Dienst: „Der öffentliche Dienst sichert Teilhabe und Partizipation, insbesondere im ländlichen Raum. Wenn sich bei Bürgerinnen und Bürger der Eindruck verfestigt, dass sich der Staat immer weiter zurückzieht und immer weniger für sie da ist, hat das gravierende Konsequenzen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Akzeptanz für politische Entscheidungen.“

Wolfgang Ladebeck, dbb Chef in Sachsen-Anhalt, begleitete den Prozentlauf in Magdeburg. „Gerade in den schwierigen letzten Zeiten haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gezeigt, dass auf sie Verlass ist. Trotz vieler Widrigkeiten haben sie einen großartigen

Job gemacht und staatliches Handeln auch in Pandemiezeiten weitgehend ermöglicht. Ohne sie wären wir nicht so gut durch die Pandemie gekommen. Allein vor diesem Hintergrund sind 5 Prozent mehr Einkommen absolut angebracht und würden zudem einen Beitrag für einen attraktiven öffentlichen Dienst leisten.“

In Dresden betonte Nannette Seidler, Vorsitzende des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, „dass wir die großen Zukunftsaufgaben, die in Sachen Digitalisierung, Klimawandel, innere Sicherheit und soziale Sicherung auf uns zukommen, nur mit einem funktionierenden öffentlichen Dienst bewältigen werden. Den wiederum gibt es nur mit motivierten und gut qualifizierten Beschäftigten, die anständig bezahlt und behandelt werden, das muss allen Beteiligten klar sein.“

Frank Schönborn, Vorsitzender des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, ließ dem Ärger über die Arbeitgeber in Erfurt freien Lauf: „Die TdL will die Konfrontation! Sie blockiert von Anfang an, stellt unmögliche Forderungen und will Geld sparen an allen Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes! Wir werden aber nicht hinnehmen, dass die Beschäftigten die erkämpfte lineare Erhöhung am Ende selbst bezahlen“, machte der Marathonläufer beim Durchbruch der symbolischen Tarifmauer unmissverständlich klar.

In Düsseldorf erklärte der Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion Roland Staude vor dem Landtag: „Wer meint, Attraktivitätssteigerungen im öffentlichen Dienst könnten kostenneutral erfolgen, ist komplett auf dem Holzweg. Das ist schlicht unmöglich. Allein die katastrophale Leerstellensituation im nordrhein-westfälischen Landesdienst belegt, dass es dem Staat nach wie vor nur unzureichend gelingt, sich als Arbeitgeber gegen die Konkurrenz der Privatwirtschaft im Kampf um die besten Köpfe durchzusetzen.“

Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz betonte beim Prozentlauf in Mainz mit Verweis auf die hohe Einsatzbereitschaft der Landesbeschäftigten im Pandemie- und Katastrophenmanagement, „dass sich die Kolleginnen und Kollegen eine angemessene Tarifentgelterhöhung und Besoldungsanpassung verdient haben. Gleichzeitig erhalten Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung im öffentlichen Dienst nur dann den absolut erforderlichen Rückenwind, wenn hier fair bezahlt wird.“

Mehr als „Lippenbekenntnisse“ forderte der saarländische dbb Chef Ewald Linn in Saarbrücken im Beisein von Finanzminister Peter Strobel. „Die Beschäftigten mussten in den letzten elf Jahren wegen der Umsetzung der Schuldenbremse auf Vieles verzichten. Sie brauchen jetzt ein deutliches Signal der Wertschätzung, das sich auch im Portemonnaie bemerkbar macht, und eine Arbeitgeberseite, die nicht blockiert, sondern anerkennt, wie wichtig gut qualifizierte und engagierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind.“

Die öffentlichen Arbeitgeber müssten endlich begreifen, dass das Personal nicht teuerste, sondern die wertvollste Ressource eines Unternehmens gleich welcher Art sei, unterstrich Kai Rosenberger, Vorsitzender des BBW Beamtenbund und Tarifunion auf dem Stuttgarter Schlossplatz. „Eine gute Verwaltung hat zwar ihren Preis, aber vor allem auch ihren Wert, und ihren Wert für Staat und Gesellschaft stellen die Kolleginnen und Kollegen insbesondere in diesen Corona-Zeiten deutlich und tagtäglich unter Beweis“, so der baden-württembergische Landeschef.

Beim Münchener Protestlauf verwies Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes, auf die fundamentale Rolle des öffentlichen Dienstes: „Wir wollen einen leistungsfähigen und kompetenten öffentlichen Dienst, der als Fundament unser Staatswesen trägt. Dann müssen wir auch Beschäftigungsbedingungen schaffen, die ihn für Arbeitskräfte attraktiv machen“, so der BBB Vorsitzende. „Wir brauchen Löhne im öffentlichen Dienst, die uns konkurrenzfähig machen“, forderte Nachtigall. Die aktuelle Inflation verleihe der Forderung der Gewerkschaften zusätzlich Nachdruck, betonte er weiter.

In Hessen fand kein Prozentlauf statt – dort hatten sich Gewerkschaften und Land bereits am 15. Oktober 2021 auf einen Kompromiss geeinigt, der die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sichert und als Wertschätzung für die hessischen Landesbeschäftigten angesehen werden kann. Hessen ist nicht Mitglied der TdL, so dass die Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen der dortigen Landesbediensteten jeweils gesondert verhandelt werden.

Vor und nach den „Prozentläufen“ in den Ländern hatten sich weitere Berufszweige des öffentlichen Dienstes an den Protesten beteiligt. Am 25. Oktober 2021 waren es erneut die Straßen- und Verkehrsbeschäftigten in der

VDStra. (<https://vdstra.de>), die mit einem bundesweiten Aktionstag in die Woche starteten. In Brandenburg nahm auch dbb Tarifchef Volker Geyer an der Veranstaltung teil und bekräftigte die gewerkschaftlichen Forderungen: „5 Prozent mehr, mindestens 150 Euro: Das ist angesichts eurer Leistung in den vergangenen Monaten eine absolut angemessene Erhöhung, Kolleginnen und Kollegen. Auch die Entgelte für unsere Auszubildenden, Studierenden sowie Praktikantinnen und Praktikanten sollen um 100 Euro steigen, damit wir beim Werben um die besten Nachwuchskräfte gerade im Vergleich zur Privatwirtschaft konkurrenzfähig bleiben.“ Der VDStra. Bundesvorsitzende Hermann-Josef Siebigtheroth betonte: „Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben dafür gesorgt, dass unser Land auch in der Coronapandemie handlungsfähig geblieben ist. So haben die Beschäftigten des Straßen- und Verkehrswesens etwa dafür gesorgt, dass alle Straßen weiterhin verkehrssicher befahren werden konnten und somit garantiert, dass die Bevölkerung zu jeder Zeit mit den notwendigen Verbrauchsgütern des alltäglichen Bedarfs versorgt werden konnten. Auch Baumaßnahmen konnten weiterhin durchgeführt werden, damit es nicht noch zu mehr Schließungen und Kurzarbeit in der Privatwirtschaft kommt.“

Emanuel Schmidt, Bundesvorsitzender der DJG (www.djg.de), sagte am 26. Oktober 2021 beim Aktionstag seiner Gewerkschaft mit Blick auf die von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) geforderte Neuregelung beim sogenannten Arbeitsvorgang: „Gerade für die Justiz-Beschäftigten kann das richtig teuer werden. Das ist ein Angriff auf die Eingruppierung und damit die Bezahlung durch die Hintertür. Dadurch würden die Stellen deutlich unattraktiver und so natürlich auch schwieriger zu besetzen. Dabei ist Personalmangel schon heute eines der größten Probleme für die Justiz und für den öffentlichen Dienst insgesamt. Diese Forderung der Arbeitgeber ist völlig irrational.“

Am 27. Oktober 2021 beim Aktionstag der Finanz-Beschäftigten machte der DSTG (www.dstg.de) Bundesvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler deutlich: „Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten schon im ‚Normalbetrieb‘ absolut am Anschlag – und teilweise darüber hinaus. Durch die Corona-Pandemie, beispielsweise durch die Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung für die vielen Menschen in Kurzarbeit, ist die Belastung nochmal gestiegen. Eine angemessene Erhöhung der

Einkommen ist auch deshalb dringend geboten.“

Zum Abschluss der Protestwoche setzten die Mitglieder des BTB (www.btb-online.org) mit einem Aktionstag am 29. Oktober 2021 ein Zeichen. Die Fachgewerkschaft vertritt die Beschäftigten in den Bereichen Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst. Bei einer Versammlung vor dem Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen in Hannover sagte der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb Friedhelm Schäfer: „Wir fordern nicht nur einen angemessenen Tarifabschluss. Wir fordern von den Landesregierungen auch, Besoldung und Versorgung ebenso angemessen zu erhöhen. Erst dann ist diese Einkommensrunde für uns abgeschlossen. Die Beamtinnen und Beamten der Länder und Kommunen haben ein Recht darauf.“ Der BTB Bundesvorsitzende Jan Seidel wies auf die großen Probleme bei der Personalgewinnung hin: „Gerade in den technisch und naturwissenschaftlichen Berufen ist der Wettbewerb um Nachwuchs- und Fachkräfte mit der Privatwirtschaft gnadenlos. Und in den nächsten Jahren wird sich

das Problem weiter verschärfen, weil so viele Kolleginnen und Kollegen altersbedingt aus dem Job ausscheiden werden. Deshalb muss jetzt dringend in die Attraktivität des öffentlichen Dienstes investiert werden.“

Hintergrund

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern für die Beschäftigten der Länder unter anderem eine Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 5 Prozent, mindestens um 150 Euro monatlich (im Gesundheitswesen mindestens 300 Euro) sowie eine Erhöhung der Azubi-/Studierenden/Praktikantinnen/Praktikanten-Entgelte um 100 Euro. Von den Verhandlungen betroffen sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Die zweite und dritte Verhandlungsrunde finden am 1./2. November 2021 und am 27./28. November 2021 in Potsdam statt.

Projekt von Bundesinnenministerium und Gewerkschaften **Studie zu Gewalterfahrungen im öffentlichen Dienst**

Der dbb ruft zur Beteiligung an einer Online-Befragung auf, die das Ausmaß von Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes untersucht.

Die Beschäftigtenbefragung findet im Rahmen einer großen Studie zu diesem Thema statt. Beauftragt hat das Bundesinnenministerium damit das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV), der dbb beamtenbund und tarifunion sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) unterstützen das Projekt.

Ab sofort können Beschäftigte online den Fragebogen bearbeiten, der ihre Erfahrungen mit dem Thema Gewalt erhebt. Insbesondere geht es um Gewalterfahrungen im Dienst und ihre Folgen, die Meldung von gewalttätigen Übergriffen sowie den Umgang mit Gewalt gegen

Beschäftigte in den Behörden/Organisationen. Zudem werden die Befragten um eine Einschätzung von Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt gebeten. Auch Beschäftigte, die persönlich keine Gewalterfahrungen während Ihrer Arbeitszeit gemacht haben und nicht Zeugin oder Zeuge eines gewalttätigen Übergriffs geworden sind, können sich an der Befragung beteiligen, die bis zum 30. November 2021 läuft.

Hier geht es zur Befragung: <https://curiosity.uni-speyer.de/index.php/235511?new-test=Y&lang=de#>

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

Besoldungsgesetz verabschiedet – tbb kündigt Klagen an

Das umstrittene Gesetz der Landesregierung zur Sicherstellung einer amtsangemessenen Alimentation ist im Thüringer Landtag verabschiedet worden.

Der Thüringer Beamtenbund (tbb) befürwortet zwar aus familienpolitischen Aspekten die stärkere Betonung der Kinderzuschläge im Besoldungsgesetz, hält es jedoch trotz dieser Änderungen grundsätzlich weiterhin für verfassungswidrig. So seien konkrete Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Ausgestaltung einer verfassungskonformen Alimentation – etwa der Abstand zur sozialen Grundsicherung – nicht berücksichtigt worden.

„Besonders irritierte uns, dass von Seiten des Finanzministeriums trotz zweier Gutachten, die

ebenfalls erhebliche Bedenken gegen das nun verabschiedete Gesetz hätten, nicht ansatzweise ein alternativer Lösungsvorschlag unterbreitet wurde. Eine solche Politik geht insbesondere zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen in den unteren Einkommensgruppen“, so der tbb Vorsitzende Frank Schönborn am 22. Oktober 2021. Man bereite nun Klagen gegen das Gesetz vor und werde zudem die Mitglieder zum Widerspruch gegen die neue Regelung aufrufen.

Schleswig-Holstein

Personalratsarbeit soll auch digital möglich sein

Aufgrund der Erfahrungen mit der Personalratsarbeit in Pandemiezeiten sollen Sitzungen auch weiterhin als Videokonferenzen möglich sein. Dieses Anliegen wurde auf den Personalrätekonferenzen des dbb schleswig-holstein für den Landes- und den Kommunalbereich deutlich.

Nach den aktuellen Plänen der Landesregierung lässt eine in verschiedenen Punkten überfällige Reform des Mitbestimmungsgesetzes allerdings noch auf sich warten, das betrifft auch eine Digitalisierungsoffensive. Zunächst soll lediglich die zum Jahresende auslaufende gesetzliche Sonderregelung, nach der Beschlüsse auch in Video- und Telefonkonferenzen gefasst werden können, um zwei Jahre verlängert werden. „Diese Zeit muss aber nun endlich genutzt werden, den Optimierungsbedarf unseres Mitbestimmungsgesetzes konsequent vorzubereiten“, so der dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp am 27. Oktober 2021.

Das für die Dienststellen des Bundes geltende Bundespersonalvertretungsgesetz sei dagegen bereits überarbeitet, wobei unter anderem digitale Aspekte endgültig geregelt wurden. Diese seien aufgrund abweichender Rahmenbedingungen allerdings nicht ohne Weiteres auf das Mitbestimmungsgesetz des Landes übertragbar, hieß es beim dbb Landesbund. So sei etwa das „Vetorecht“ gegen Videokonferenzen von mindestens einem Viertel der Personalrats- beziehungsweise Gruppenmitglieder in kleineren Einheiten nicht praktikabel. Der dbb sh werde hier praxismgerechte Vorschläge entwickeln. Dabei sollen demnach Präsenzsitzungen der Regelfall bleiben, weil dabei der so wichtige direkte Austausch am besten möglich sei.

dbb Bildungsgewerkschaften

Schulbarometer: 95 Prozent der Lehrkräfte geimpft

Das „Schulbarometer“, eine repräsentativen forsa-Umfrage im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung, hat ergeben, dass bereits im September 95 Prozent der befragten Lehrkräfte den vollständigen Impfschutz hatten.

„Die vielfältigen Unkenrufe nach einer Impfpflicht von Lehrkräften bekommen durch die Umfrage eine weitere Bremse“, sagte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), am 27. Oktober 2021. „Dies deckt sich mit unseren Eindrücken und weiteren Erhebungen, die teilweise nur länderspezifisch veröffentlicht sind. Wer weiter eine Impfpflicht für Lehrkräfte fordert, trägt Eulen nach Athen – und macht sich lächerlich.“ Jürgen Böhm, der Bundesvorsitzende des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR) und dbb Vize, kommentierte ebenfalls: „Dass sich die Lehrkräfte ihrer Verantwortung in der Pandemie bewusst sind und mit einer Impfung sich und ihr Umfeld an den Schulen schützen, war selbstverständlich!“

Bestürzt zeigten sich die beiden Bildungsexperten darüber, dass unter der Pandemie laut Studie die ohnehin benachteiligten Schülerinnen und Schüler am meisten gelitten haben. „Die Corona-Krise hat sicher die Kinder und Jugendlichen am schlimmsten getroffen, die ohnehin schon Probleme hatten oder sozial benachteiligt waren“, so Böhm. Auch Beckmann machte deutlich: „Die Ergebnisse des Schulbarometers sind eine Schmach für die politischen Verantwortlichen. Deutlicher kann kaum gezeigt werden, dass Politik zugelassen hat, dass diejenigen, die sowieso schon in schwierigen sozialen Lagen aufwachsen, durch die Krise noch weiter abgehängt wurden

Namen und Nachrichten

Marcel Oehm vom der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte (vbob) ist neuer stellvertretender Vorsitzender der **dbb jugend** (Bund). Der Bundesjugendausschuss wählte den Bundesbeamten aus Berlin, der auch Vorsitzender der dbb jugend berlin ist, am 22. Oktober 2021 in einem spannenden Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen zwei Kandidierenden zum Nachfolger von Christoph Strehle (Deutsche Steuerwerkschaft, DSTG), der sein Amt kurz vor der Tagung aus persönlichen Gründen niedergelegt hatte. „Ich freue mich, dass wir heute Demokratie fair und hautnah erleben durften, besonders auch vor dem Hintergrund, dass wir uns nach langer Zeit der Abstinenz wieder in Präsenz treffen konnten“, so Karoline Herrmann, Vorsitzende der dbb jugend. Der Bundesjugendausschuss tagt am 22. und 23. Oktober 2021 zum ersten Mal seit September 2019 wieder in Präsenz. Neben der Neuwahl standen am 22. Oktober die Einkommensrunde im öffentlichen Dienst der Länder, die Vorbereitungen für den im Mai 2022 stattfindenden Bundesjugendtag und ein Besuch des dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach auf der Tagesordnung.

Am 15. Oktober 2021 haben erneut Gespräche der Gewerkschaften mit dem Sächsischen Finanzministerium (SMF) zur verfassungsgemäßen Besoldung im Freistaat stattgefunden. Nachdem bereits aus Sicht des SMF mögliche Regelungen für die Zukunft auf dem Tisch liegen, wurden diesmal Lösungsansätze für die vergangenen Jahre vorgestellt, teilte der **SBB** mit. Das SMF favorisiere dabei auch für die Jahre 2019 bis 2021 den „Lösungsansatz Beihilfe“ - schließlich soll auch zukünftig die Herstellung des nötigen Mindestabstands zwischen Besoldung und Grundsicherung im Wesentlichen über Beihilfebemessungssätze für berücksichtigungsfähige Ehegatten und Kinder realisiert werden. Weitere Gespräche auf Arbeitsebene werden nach den Herbstferien und eine erneute Runde mit dem Finanzminister am 5. Dezember 2021 stattfinden.

BBB-Chef **Rainer Nachtigall** war am 20. Oktober 2021 zu Gast im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, um sich mit Staatsministerin Carolina Trautner auszutauschen. Dabei ging unter anderem um die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und die damit zusammenhängenden Prozesse. Ein weiteres Gesprächsthema war

die Gleichstellung im öffentlichen Dienst. Derzeit läuft im Landtagsausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes eine Anhörung zum Gleichstellungsgesetz, das auch die Rolle der Gleichstellungsbeauftragten in den Dienststellen definiert. Für diese Position plädiere der BBB für ein Wahlamt, um die Nähe zu den Beschäftigten zu betonen und die Legitimation des Amtes zu stärken.

Der DBB NRW trat bei dem Bürgerforum zur Zukunft Europas am 18. Oktober 2021 im Düsseldorf Landtag als Kooperationspartner auf.

Der dbb Landeschef **Roland Staudé** machte zu Beginn der Veranstaltung deutlich: „Europas Zukunft entscheidet über Europas Handlungsfreiheit. Und Europas Handlungsfreiheit setzt den Rahmen für die staatliche Handlungsfähigkeit. Und da kommen auch wir als DBB ins Spiel.“ Die Konferenz zur Zukunft Europas könne aber nur ein Schritt sein hin zu einem erneuerten Europa, das auch in den 20er und 30er Jahren einen handlungsfähigen Staat im Dienste der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht.

Termine:

1. und 2. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde

Mehr Informationen unter

www.dbb.de/einkommensrunde

27. und 28. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde

Mehr Informationen unter

www.dbb.de/einkommensrunde